



Die französische Nationalversammlung debattiert dieser Tage über ein Dokument, das seit fast zwei Jahrhunderten keine Rechtskraft mehr besitzt – und dennoch im kollektiven Gedächtnis Frankreichs fortlebt wie kaum ein anderer Text der kolonialen Vergangenheit. Die Resolution zur symbolischen «Abschaffung» des sogenannten Code noir mag juristisch folgenlos sein. Politisch jedoch berührt sie einen empfindlichen Nerv der französischen Republik: die Frage, wie ein Land mit den dunklen Kapiteln seiner eigenen Geschichte umgeht, ohne daran zu zerbrechen.

Der Umstand allein, dass das Parlament im Jahr 2026 noch über ein Edikt aus dem Jahr 1685 diskutiert, sagt viel über die französische Gegenwart aus. Es geht längst nicht mehr um Rechtstechnik oder Gesetzesdogmatik. Es geht um Erinnerung, Identität und die Deutungshoheit über die nationale Geschichte.

Der Code noir war eines der zentralen Instrumente des französischen Kolonialreichs. Unter Ludwig XIV. geschaffen, kodifizierte er die Sklaverei in den französischen Antillen und verlieh einem ökonomischen System rechtliche Ordnung, dessen Wohlstand auf Entrechtung und Gewalt beruhte. Der Mensch wurde darin zur beweglichen Sache erklärt; Körperstrafen, religiöser Zwang und soziale Kontrolle wurden staatlich geregelt. Das Dokument war Ausdruck eines Zeitalters, in dem wirtschaftliche Rationalität und monarchische Machtpolitik eine Allianz mit der systematischen Entmenschlichung eingingen.

Dass Frankreich heute versucht, sich symbolisch von diesem Text zu distanzieren, überrascht nicht. Bemerkenswert ist vielmehr, wie schwierig dem Land dieser Schritt weiterhin fällt.

Denn juristisch betrachtet existiert der Code noir längst nicht mehr. Mit der endgültigen Abschaffung der Sklaverei 1848 verloren seine Bestimmungen ihre Wirkung. Kein Gericht könnte sich heute darauf berufen, kein Verwaltungsakt daraus Legitimation beziehen. Der Text gehört dem historischen Archiv an, nicht dem positiven Recht. Wer nun seine «Abrogation» fordert, betreibt daher bewusst symbolische Politik.

Gerade darin liegt jedoch die eigentliche Bedeutung der Debatte. Moderne Demokratien leben nicht allein von ihren Institutionen, sondern auch von ihren moralischen Selbstbeschreibungen. Parlamente verabschieden Resolutionen nicht nur, um Normen zu setzen, sondern auch, um historische Positionierungen vorzunehmen. Frankreich tut dies regelmässig: mit Gesetzen zur Erinnerung an den Holocaust, mit der Anerkennung des armenischen Genozids oder mit der Taubira-Gesetzgebung von 2001, welche Sklavenhandel und Sklaverei als Verbrechen gegen die Menschlichkeit einstufte.

Die aktuelle Resolution reiht sich in diese Tradition ein. Sie soll weniger Recht schaffen als ein



republikanisches Signal aussenden: Der französische Staat erkennt an, dass die Sklaverei nicht bloss eine historische Verfehlung einzelner Akteure war, sondern institutionell organisiert und legitimiert wurde.

Gleichzeitig offenbart die Debatte die Grenzen einer zunehmend ritualisierten Erinnerungspolitik. Frankreich befindet sich seit Jahren in einem Spannungsfeld zwischen notwendiger historischer Aufarbeitung und einer Art permanenter moralischer Selbstbefragung. Der koloniale Schatten reicht tief in die Gegenwart hinein – sichtbar in sozialen Ungleichheiten der Überseegebiete, in Identitätskonflikten der Banlieues oder in den hitzigen Auseinandersetzungen um nationale Symbole und Schulprogramme. Doch je stärker Geschichte politisiert wird, desto grösser wird auch die Gefahr ihrer Instrumentalisierung.

Kritiker der Resolution sprechen daher von einem symbolischen Leerlauf. Einen seit 1848 obsoleten Text erneut «abzuschaffen», erscheine wie ein parlamentarisches Schauspiel ohne praktische Konsequenz. Tatsächlich lässt sich fragen, ob der inflationäre Gebrauch historischer Resolutionen langfristig zu einer Entwertung politischer Erinnerung führt. Wenn jede historische Schuld durch symbolische Akte parlamentarisch nachverhandelt wird, entsteht leicht der Eindruck einer Republik, die ihre Vergangenheit nie abschliessen kann.

Diese Skepsis ist nicht völlig unbegründet. Erinnerungspolitik birgt stets das Risiko, historische Komplexität auf moralische Eindeutigkeiten zu reduzieren. Der französische Kolonialismus war ein System der Unterdrückung, aber auch Teil jener historischen Dynamiken, aus denen die moderne Republik hervorging. Die Geschichte Frankreichs ist weder ausschliesslich eine Geschichte der Aufklärung noch ausschliesslich eine Geschichte der Unterdrückung. Sie ist beides zugleich – und gerade diese Ambivalenz macht ihre politische Verarbeitung so schwierig.

Doch die Gegenposition greift ebenso zu kurz. Wer symbolische Gesten grundsätzlich als wirkungslos abtut, unterschätzt die Macht politischer Zeichen. Staaten konstituieren sich nicht nur durch Gesetze, sondern durch gemeinsame Narrative. Für viele Menschen in Guadeloupe, Martinique oder Guyana bleibt der Code noir kein abstraktes historisches Dokument, sondern ein Symbol jahrhundertelanger Entrechtung, deren soziale und kulturelle Folgen bis heute spürbar sind. Dass die Republik diesen Text nun ausdrücklich verurteilt, besitzt deshalb durchaus politische Relevanz – auch wenn sich dadurch keine materielle Realität verändert.

Die eigentliche Herausforderung liegt folglich weniger in der Resolution selbst als in der Frage, was danach kommt. Erinnerung allein ersetzt keine Sozialpolitik, keine Bildungsreformen und keine ernsthafte Auseinandersetzung mit strukturellen Ungleichheiten.



Eine Republik, die sich auf symbolische Akte beschränkt, riskiert moralische Selbstzufriedenheit ohne praktische Konsequenz.

Der gegenwärtige Streit um den Code noir zeigt letztlich eine tiefere Entwicklung: Frankreich befindet sich mitten in einer Neuverhandlung seines historischen Selbstverständnisses. Das republikanische Universalismusmodell, das lange davon ausging, individuelle Herkunft müsse im öffentlichen Raum keine Rolle spielen, gerät zunehmend unter Druck. Fragen nach Kolonialgeschichte, Herkunft und kultureller Erinnerung lassen sich nicht länger an den Rand drängen.

Dabei wäre es ein Fehler, die Debatte als Ausdruck nationaler Schwäche zu verstehen. Demokratien beweisen ihre Stabilität gerade dadurch, dass sie fähig bleiben, die eigenen Widersprüche offen zu diskutieren. Der Umgang mit dem Code noir ist deshalb weniger ein Zeichen französischer Selbstzerstörung als Ausdruck eines Landes, das gelernt hat, historische Grösse und historische Schuld gleichzeitig auszuhalten.

Ob die Resolution verabschiedet wird oder nicht, dürfte rechtlich folgenlos bleiben. Politisch jedoch markiert die Debatte einen weiteren Schritt in jenem langen Prozess, mit dem Frankreich versucht, sein koloniales Erbe in die republikanische Erzählung einzubetten. Dieser Prozess wird weder rasch noch widerspruchsfrei verlaufen. Aber vielleicht ist gerade diese Unruhe der Preis einer demokratischen Erinnerungskultur, die Geschichte nicht verdrängt, sondern öffentlich verhandelt.

Von Andreas Brucker